

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 38 (1959)  
**Heft:** 3

**Rubrik:** Chronik des Monats

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 10.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

ist eine Grundregel menschlichen Zusammenlebens. Der Staat hat jedem Bürger die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.

An die Werte, zu denen der demokratische Sozialist sich bekennt, hat er, wie immer er sie begründen mag, sein *Gewissen* gebunden. Die Sozialdemokratische Partei ist keine Weltanschauungspartei, wohl aber eine Gesinnungspartei.

Das öffnet den Weg zu einem anderen Verhältnis zu den Kirchen. Solange der Sozialismus als eine besondere Weltanschauung angesehen wurde, war es klar, daß die Kirchen in Abwehrstellung zu ihm standen, selbst wenn sie einzelne seiner Forderungen für vernünftig hielten.

Wenn die Weltanschauungs- und Glaubensgemeinschaften in ihrer religiösen Überzeugung einander mit von Achtung erfüllter Toleranz gegenüberstehen und in voller Freiheit ihrem religiösen Bekenntnis leben, so kann sie doch *alle* das Bekenntnis zur Freiheit und Gerechtigkeit einen, ohne die kein Mensch und keine Gesellschaft der Würde des Menschen gerecht werden können. Je mehr wir den Kirchen zeigen, daß diese Werte der Wesenskern des demokratischen Sozialismus sind, um so eher wird der Graben eingeebnet, der sich zum Schaden der Menschheit zwischen ihnen und dem demokratischen Sozialismus aufgetan hat.

## CHRONIK DES MONATS

### *Außenpolitik*

Premierminister Macmillan hat eine außergewöhnliche Aktivität entfaltet. In den westlichen Hauptstädten – vorab in Paris und Bonn – wurde die *Rußlandreise des englischen Regierungschefs* allerdings mit gemischten Gefühlen verfolgt. In Frankreich riefen die britischen Bemühungen, die politische Führung des Westens zu übernehmen, alte Ressentiments wach. (Die Forderung de Gaulles, die französische Mittelmeerflotte im Kriegsfalle dem eigenen Oberbefehl und nicht dem NATO-Kommando zu unterstellen, hat anderseits bei den übrigen Nordatlantikpaktstaaten Beunruhigung ausgelöst.) In Bonner Regierungskreisen wurde befürchtet, daß die Flexibilität der englischen Außenpolitik weiter gehe, als dies der starren Haltung des westdeutschen Bundeskanzlers lieb sein könnte. Das Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle in Marly wurde so zu einer deutlichen Demonstration der Solidarität zwischen Paris und Bonn. Die Gespräche, die Macmillan nach seiner Rückkehr aus Moskau mit der französischen Regierung und später auch mit

Bundeskanzler Adenauer führte, zeigten dann aber, daß die Standpunkte der drei westlichen Regierungen doch nicht so weit auseinander liegen. Wenn die Beziehungen zwischen London und Paris gegenwärtig nicht besonders herzlich sind, so konnten dafür Macmillan und Adenauer ziemlich überraschend die Übereinstimmung ihrer Ansichten in bezug auf Berlin, die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Sicherheit verkünden. Der deutsche und der britische Regierungschef sind sich darin einig, daß die militärische Verdünnung in Europa auf Grund eines annehmbaren Gleichgewichts der Streitkräfte erfolgen soll. – Eine gewisse Verwirrung in der Frage des militärischen Disengagements bleibt aber gleichwohl bestehen. Vielleicht werden die Besprechungen zwischen Macmillan und Eisenhower zu einer Klärung beitragen.

Die Frage, ob und inwieweit die Moskaureise des britischen Ministerpräsidenten ein Erfolg gewesen ist, läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Tatsache ist, daß Chruschtschew während des Rußlandaufenthaltes Macmillans in einer Wahlrede dem Westen eine schroffe Absage erteilt hat. Der russische Diktator lehnte den westlichen Vorschlag auf Einberufung einer Außenministerkonferenz ab und forderte statt dessen eine Gipfelkonferenz, an der unter anderem die europäische Sicherheit, der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages und die Abrüstung behandelt werden sollten, weigerte sich aber, die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu diskutieren. Die feste Haltung des Westens – Präsident Eisenhower hatte erklärt, die USA könnten die russischen Berlin-Vorschläge nicht akzeptieren und würden Berlin auf keinen Fall preisgeben – bewirkten dann allerdings ein Einlenken Moskaus. In Noten an die vier Westmächte erklärte sich Chruschtschew mit einem Außenministertreffen einverstanden; es sollten jedoch auch Polen und die Tschechoslowakei zu einer solchen Konferenz eingeladen werden.

Chruschtschew versteht es zweifellos ausgezeichnet, die Welt in Atem zu halten. Er schaltete einen bewußt demonstrativen Besuch in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik ein und drohte dem Westen mit dem Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit Ostdeutschland. In seinen zahlreichen Reden im Herrschaftsbereich Ulrichts ließ Chruschtschew aber auch durchblicken, das Berlin-Ultimatum könnte unter Umständen bis zum 27. Juni oder Juli verlängert werden. Den sowjetischen Vorschlag, Westberlin zur freien Stadt zu erklären, versuchte er dem Westen dadurch schmackhaft zu machen, indem er von der Möglichkeit sprach, kleinere amerikanische, britische, französische und *sowjetische* Truppenkontingente in Westberlin zu stationieren.

In seiner *Radio- und Fernsehansprache* an das amerikanische Volk betonte *Eisenhower*, daß die USA fest bleiben und auf ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Berlin nicht verzichten werden. Eine Preisgabe Berlins

komme nicht in Frage. Eisenhower befürwortete Verhandlungen und erklärte sich nötigenfalls zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz bereit.

Im *Irak* gelang es der Regierung Kassem in relativ kurzer Zeit, den Aufstandsversuch des nasserfreundlichen Obersten Schauaf in der Ölstadt Mosul niederzuschlagen. Kassem, der mit Hilfe der Kommunisten regiert, genießt die Unterstützung der Sowjetunion; hinter Schauaf aber hat zweifellos Nasser gestanden. An gegenseitigen Beschuldigungen zwischen Kassem und Nasser hat es seither nicht gefehlt; Nasser bezeichnete Kassem als Verräter, der die Araber an den Kommunismus ausliefern wolle. Die scharfen Angriffe Nassers gegen den Kommunismus bedeuten einen Schlag für die russische Nahostpolitik, denn es war ja ausgerechnet Nasser, der von den Kremlgewaltigen ständig umworben wurde. Zwischen Nasser und Chruschtschew ist es zu einer scharfen polemischen Auseinandersetzung gekommen.

Der schwarze Erdteil kommt nicht mehr zur Ruhe. Nach den Unruhen in Léopoldville im belgischen Kongo ist nun der Funke auf die *Rhodesische Föderation* übergesprungen. Bekanntlich wurde diese Föderation zwischen Nordrhodesien, Südrhodesien und Njassaland im Jahre 1953 von der englischen konservativen Regierung gegen den Willen der Labour Party geschaffen. Während Nordrhodesien und Njassaland britische Protektorate sind und dem Londoner Kolonialamt unterstehen, ist Südrhodesien weitgehend unabhängig. Im Jahre 1960 ist die Revision der bestehenden Föderationsverfassung fällig. Die rund 200 000 weißen Siedler sind nicht gewillt, die sechs Millionen Neger als gleichberechtigte Partner am politischen und administrativen Leben teilhaben zu lassen. Sie verlangen die Anerkennung des Dominionsstatuts für die ganze Föderation, weil sie hoffen, daß sie auf diese Weise ihren Einfluß verstärken und dem Freiheitsdrang der Eingeborenen am wirksamsten begegnen können. Unter der schwarzen Bevölkerung hat aber der Gedanke der Emanzipation und des afrikanischen Nationalismus Fuß gefaßt. Das Ergebnis war dasselbe wie überall dort, wo dem Selbstbestimmungsrecht der farbigen Völker nicht Rechnung getragen wird: blutige Unruhen. In der Folge wurde der Afrikanische Nationalkongreß von Njassaland verboten. Dr. Hastings Banda, der afrikanische Führer in Njassaland, und viele seiner Anhänger wurden verhaftet. Weil er öffentlich für die Sache der afrikanischen Nationalisten eingetreten war, mußte sich der junge britische Labourabgeordnete aus Nordrhodesien ausweisen lassen.

Die Unruhen in Njassaland haben nicht nur lokale Bedeutung; sie sind vielmehr ein weiteres Zeichen des Widerstandes der Neger gegen die Vorherrschaft der weißen Siedler. Es kann denn auch nicht überraschen, daß Dr. Nkrumah, der Staatschef von Ghana, die Einberufung eines afrikanischen Kongresses plant, um ein Manifest der afrikanischen Freiheit zu verkünden.

In der Debatte im britischen Unterhaus erklärte der Sprecher der Labour Party, James Callaghan, daß man die Schuld für die Unruhen nicht Dr.

Hastings Banda zuschieben dürfe. Die Vorherrschaft der Weißen in Njassaland, wo 7500 Europäer und 2,7 Millionen Afrikaner leben, könne nicht ewig aufrechterhalten bleiben. Durch die Unterdrückung der Eingeborenen lasse sich die Zukunft der weißen Siedler nicht sichern, sondern nur durch die Zusammenarbeit der Rassen auf der Basis der Gleichberechtigung.

Die *Montanunion* steckt in einer Krise. Die Absatzschwierigkeiten im Kohlenbergbau haben ein beängstigendes Ausmaß angenommen. Da aber der französische Kohlenbergbau im Vergleich zum westdeutschen oder belgischen Kohlenbergbau sich in einer relativ günstigen Lage befindet, sind die Interessen der verschiedenen Mitgliedstaaten der Montanunion keineswegs identisch, so daß es der Hohen Behörde äußerst schwer fällt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Die französische Regierung zeigt wenig Neigung, einer Einschränkung der Kohlenproduktion und der Festsetzung von Produktionsquoten zuzustimmen. – Aber auch im Bereich der Stahlindustrie ist nicht alles zum besten bestellt. Die Franc-Abwertung hat wesentlich dazu beigetragen, der französischen Stahlindustrie einen Konkurrenzvorsprung gegenüber den westdeutschen Stahllieferanten zu verschaffen. Der Preisvorsprung beträgt rund 10 Prozent und macht sich vor allem in Süddeutschland bemerkbar, wo französische Stahlproduzenten billiger liefern als die Firmen des Ruhrgebietes. Es ist allerdings zu sagen, daß sich die deutsche Stahlindustrie die Schuld für diesen Zustand zu einem guten Teil selber zuschreiben muß, da sie Ende 1957, als sich die Absatzlage schon verschlechterte, ihre Stahlpreise erhöhte. Anderseits hat die französische Stahlindustrie (mit Unterstützung der Pariser Regierung) die Produktivität in den letzten Jahren ganz bewußt gesteigert. – Es besteht die Absicht, diese Preisspanne entweder durch eine französische Exporttaxe oder durch eine stärkere Belastung der deutschen Stahlimporte aus Frankreich zu verringern.

Im Bereich der Montanunion ging die Rohstahlproduktion im Vergleich der Jahre 1957 und 1958 von 59,8 Millionen Tonnen auf 57,9 Millionen Tonnen zurück. Weit größer war der Rückgang in den USA, wo nur 77,2 Millionen Tonnen produziert wurden (102,3 Millionen Tonnen im Vorjahr). Dies hatte zur Folge, daß alle westlichen Länder zusammen im Jahre 1958 nur noch 179,8 Millionen Tonnen Stahl produzierten gegenüber 210,1 Millionen Tonnen im Jahre 1957. Im gleichen Zeitraum erhöhten die zum Ostblock gehörenden Länder ihre Stahlproduktion von insgesamt 72,4 auf 82,2 Millionen Tonnen.

In *Frankreich* hat das Pendel nach links ausgeschlagen. Die großen Gewinner der Gemeindewahlen sind die Kommunisten; die Leidtragenden sind die gaullistische UNR und die Rechtsunabhängigen, während die Sozialisten mit unterschiedlichem Erfolg kämpften, im großen und ganzen ihre Position aber halten konnten. Der Erfolg der Kommunisten ist wohl in erster Linie auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der gegenwärtigen französischen Re-

gierung zurückzuführen. Die Sozialisten haben zum Teil zu Verbindungen mit bürgerlichen Parteien Zuflucht genommen, während sie an anderen Orten gegen den Willen der Parteileitung Koalitionen mit den Kommunisten eingegangen sind. Damit dürfte sich die innere Zerrissenheit der Partei Guy Mollets noch weiter verstärkt haben.

In den *holländischen Parlamentswahlen* verloren die Sozialdemokraten von ihren bisherigen 50 Mandaten drei, womit die Katholische Volkspartei, die ihre 49 Sitze halten konnte, zur stärksten Partei des 150 Mitglieder zählenden holländischen Unterhauses wurde.

B. H.

## Blick in die Zeitschriften

In der Schweiz wie auch in der Bundesrepublik Deutschland wird in der letzten Zeit mit verstärktem Nachdruck die Forderung nach *Wiedereinführung der Todesstrafe* erhoben. Wenn auch glücklicherweise die Gefahr, daß diese Forderungen durchdringen, gering ist, so sei doch auf zwei besonders wichtige Veröffentlichungen zu diesem Thema hingewiesen: In den «*Gewerkschaftlichen Monatsheften*» (November 1958) hat Dr. Richard Schmid, ein führender deutscher Jurist, die bekannten und manche neuen Gesichtspunkte gegen die Todesstrafe überzeugend dargestellt, und im «*Monat*» (Nrn. 124 und 125) lesen wir eine größere, ganz ausgezeichnete Arbeit zu diesem Thema aus der Feder des französischen Dichters und Nobelpreisträgers Albert Camus. Wir können uns nicht vorstellen, daß jemand nach der Lektüre dieser beiden Arbeiten noch den Mut hätte, für die Todesstrafe einzutreten.

In Köln (Druckhaus Deutz) sind die ersten beiden Nummern einer neuen Zeitschrift «*Atomzeitalter*» erschienen, in der Wissenschaftler und Publizisten Informationen über die Gefahren der Atomrüstung publizieren wollen; Redaktor dieser neuen Monatsschrift ist der kürzlich mit dem Kulturpreis der Stadt Bremen ausgezeichnete Schriftsteller Rolf Schroers.

Auf zwei wichtige Vierteljahresschriften in englischer Sprache sei hingewiesen: «*International Affairs*» (Oxford University Press London) veröffentlicht in jedem Heft wichtige Analysen zu weltpolitischen Problemen, während «*Dissent*» (Neuyork 17, 509 Fifth Avenue) Probleme der Arbeiterbewegung und des Sozialismus zur Diskussion stellt.

«*Politische Studien*», die Monatsschrift der Münchner Hochschule für politische Wissenschaften (Isar-Verlag, München), bringt im Februarheft unter dem Titel «*Die Hitlerjugendgeneration*» eine wichtige Untersuchung von Arno Klönne zu den politischen Folgen der Staatsjugenderziehung im Dritten Reich. Im gleichen Heft veröffentlicht der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt einen Beitrag über «*Die Stellung des Akademikers in der SPD*», und aus dem Nachlaß des 1945 von Hitler hingerichteten preußischen Politikers Ewald von Kleist-Schmenzin erscheint ein sehr wichtiger Beitrag über die näheren Umstände der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933.